

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 05 88 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, über die Autorität im demokratischen Staat. Seite 1

Dieter Spöri und Hermann Scheer, Mitglieder des Deutschen Bundestages, interpretieren das aktuelle Verhältnis zwischen der SPD und den Gewerkschaften. Seite 3

Alwin Brück, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, unterstreicht die Bedeutung des Sports für die Länder der Dritten Welt. Seite 5

37. Jahrgang / 151

12. August 1982

Aus aktuellem Anlaß

Aus dem Nachwort zu "Begegnungen und Einsichten", 1976

Von Willy Brandt MdB/MdEP
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Natürlich bleibt eine Partei in der Regierung - übrigens auch in langjähriger kommunaler Verantwortung - nicht frei von Verschleißerscheinungen. Die Probleme, die sich aus dem Wandel von Generationen und gesellschaftlichen Strukturen für meine Partei ergeben haben, wurden an anderer Stelle erwähnt. Ich habe nie daran gedacht, sie auf die leichte Schulter zu nehmen. Ich habe gelernt, daß man im Ringen demokratischer Kräfte seiner Meinung nie zu sicher sein darf. Auch die Sozialdemokraten sind, gemessen an den Notwendigkeiten, durchaus nicht immer auf der Höhe der geschichtlichen Aufgaben. Es bleibt auch ihnen nicht erspart, sich immer wieder zu prüfen und hart an sich zu arbeiten. Aber ich will gleich hinzufügen: So wie sich die deutschen Sozialdemokraten als eine Kraft der Freiheit und der Gerechtigkeit in Europa bewährt haben, so werden sich die Kräfte des freiheitlichen Sozialismus insgesamt nicht nur gegenüber konservativen Formationen, sondern immer mehr auch als Alternative zum Kommunismus zu bewähren haben.

... Aber wie steht es generell mit der Zukunft der Demokratie? Wie kann sie sich in unserer Zeit behaupten, wenn allerorten wirtschaftliche und soziale Probleme größten Ausmaßes den inneren Zusammenhalt von Staaten erschüttern, während weltwirtschaftliche und weltpolitische Entwicklungen Gefahren in sich bergen, die zerstörerische Konsequenzen haben können. Die Kompliziertheit der gesellschaftlichen Probleme, die Ohnmacht gegenüber schwierigen internationalen Zusammenhängen, die Manipulierbarkeit der öffentlichen Meinung, die zunehmende Unkontrollierbarkeit bürokratischer und gesetzgeberischer Tätigkeiten - dies und man-



ches andere mehr konfrontiert uns mit einer Herausforderung, die durchaus nicht akademischer, sondern konkreter Natur ist.

Wie kann die Demokratie überleben, wenn manche Länder vom Überfluß über die Rezession in eine Depression taumeln? Wann die Geschäfte der internationalen Politik in lähmender Unsicherheit zwischen Détente und Disaster schweben? Wann wir weiter unter der Drohung des Krieges leben, vielleicht nicht eines Atomkrieges, aber doch sogenannter kleiner Kriege, die für ihre Opfer eine kaum geringere Qual sind als der Atomkrieg? Für mich war der Kampf für die Demokratie niemals nur das Eintreten für eine abstrakte Ordnung, sondern Arbeit für eine Ordnung, die Grundsätze mit Leben erfüllt.

Demokratie ist Weg und Ziel in einem. Sie kann nicht auf den engen staatlichen Raum beschränkt bleiben, sondern muß alle relevanten Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens mit erfassen. Demokratie ist mehr als eine Sammlung von Spielregeln. Sie ist - mit den Worten des Programms der deutschen Sozialdemokraten - als die allgemeine Staats- und Lebensordnung zu verstehen, "weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist".

Es bedarf großer Anstrengungen, um die Demokratien so zu festigen, daß sie gegenüber den neuen Herausforderungen bestehen können. Die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates muß gestärkt werden. Er braucht jene Autorität, die auf Überzeugung und Konsensus beruht, die durch Wahl und Ernennung verliehen wird, die Rechenschaft geben muß und die widerruflich ist. Dies muß eine Autorität sein, die sich auch durch moralische Qualifikation und geistige Redlichkeit zu legitimieren hat.

(-/12.8.1982/bgy/rs)

+ + +



Ein verhängnisvolles strategisches Vakuum droht

Das aktuelle Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften muß dringend geklärt werden

Von Dieter Spöri und Hermann Scheer
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Die publizistischen Vorläufer, Briefwechsel und die geplanten gewerkschaftlichen Protestaktionen zum Haushaltsentwurf 1983 signalisieren eine historisch schwerwiegende Belastung des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften. Auch der treffende Hinweis auf die peinlich-verlogene Anbiederung der Union bei den Gewerkschaften ändert nichts daran, daß die in den letzten Wochen angelaufene Entwicklung eine Eigendynamik entfalten wird, die Sozialdemokraten innerlich zu zerreißen droht.

Man muß sich nur in die zahlreichen sozialdemokratischen Betriebsräte hineinversetzen, die zugleich Mitglied von Unterbezirks- oder Ortsvereinsvorständen der Partei sind und die jetzt mit nicht zu vereinbarenden Argumenten konfrontiert sind. Die Partei informiert, warum die Haushaltsbeschlüsse trotz zu schluckender Krüten alles in allem ein Schritt in die richtige Richtung seien; daneben steht die Information seiner Gewerkschaft, daß dieselben Beschlüsse unerträglich unsozial und arbeitnehmerfeindlich seien. Tausenden sozialdemokratischer Funktionsträger flattern zugleich Papiere ins Haus, wie und warum sie einerseits die Koalitionskompromisse vertreten können, und wie sie sich andererseits an Protestkundgebungen dagegen beteiligen sollen.

Ein derartiger Widerspruch wird ausgerechnet in einer entscheidenden politischen Phase der Bundesrepublik zu einer weitgehenden Lähmung der Partei führen. Nicht wenige Parteigremien werden gewerkschaftliche Protestformen übernehmen, ohne in der Lage zu sein, ihre Haltung noch mit den Entscheidungen der Gesamtpartei in Einklang zu bringen.

Dazwischen wird es viele Mischvarianten an Eiertänzen geben. Unschwer voraussehbar ist die Gefahr der Verschärfung parteiinterner Zerrüttungen, und daß die Politik der SPD fast nur noch im offiziellen Bonn ohne Absatzbewegung vertreten wird. Wenn nach Beendigung der Werksferien und der parlamentarischen Sommerpause die gewerkschaftlichen Protestaktionen voll anlaufen, ist die tiefgehendste Identitätskrise der SPD in der Nachkriegszeit zu befürchten, die weitere negative wahlpolitische und demoskopische Spuren nach sich ziehen muß.

Unverkennbar ist, daß in einer entscheidenden Phase im Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften ein strategisches Vakuum besteht. Routinemäßige Vorstands- und Fraktionssitzungen nach den Ferien überlassen die Entwicklung weiter den unkontrollierten Treibkräften der Sommerschwüle. Der Eindruck ist verbreitet, daß auch in der Führung der SPD noch einige hoffen, mit dem schlichten Wegstecken einiger kritischer Backpfeifen könnten wir uns schon irgendwie durch den Herbst schlängeln. Doch ist eine Atempause auch im Winter 1982/83 nicht zu erwarten, da jetzt schon zum zweitenmal die Hoffnungen auf einen Konjunkturaufschwung im Herbst welken.

Die Konsequenz daraus ist, daß die Parteiführung ihre politische Führungsaufgabe entschieden wahrnimmt und diesem Prozeß in die Speichen greift. Wir appellieren deshalb an die Führung der Partei, daß sie mit höchster zeitlicher Dringlichkeit die strategische Lage für die Partei selbst und das Verhältnis zu den Gewerkschaften grundlegend zu klären versucht.



Zu klären ist dabei:

1. Ob es praktischen Spielraum gibt, im Rahmen der beschlossenen Eckdaten des Haushalts sparpolitische Verbesserungsvorschläge einzubringen.
2. Wie mit den Gewerkschaften eine Abstimmung erzielt werden kann, daß zumindest die im steuerlichen Bereich bei den Gewerkschaften unumstrittenen verteilungsgerechten Maßnahmen öffentlich zur Kenntnis gebracht werden. Und wie zusammen mit den Gewerkschaften eine abermalige, die soziale Unausgewogenheit drastisch verstärkende Blockadepolitik der Union im Bundesrat erschwert werden kann.
3. Wie erreicht werden kann, daß nicht ausgerechnet die SPD, die sich als einzige für sozial ausgewogene Sparmaßnahmen einsetzt, die politische Hauptlast berechtigter Punkte der Gewerkschaftskritik tragen muß.
4. Wie öffentlich jedermann klargestellt werden kann, daß alle, die sozial gerechte Lösungen erreichen wollen, gerade in der aktuellen Situation die SPD stärken müssen und nicht weitere Schwächungen riskieren dürfen.
5. Wie das weitverbreitete Meinungsbild offensiv richtiggestellt werden kann, daß es Sozialdemokraten und Gewerkschaften seien, die sich als einzige einer sparsamen Haushaltspolitik entgegenstellen.

Tatsache ist, daß diejenigen Kräfte, die - wie vor allem die Union, Wirtschaftsverbände und sozial Bessergestellte - am lautesten nach Sparmaßnahmen rufen, bisher im Gegensatz zu SPD und Gewerkschaften zu keinerlei Einschränkungen zu Lasten ihrer Interessen bereit waren.

6. Wie angesichts der internationalen Wirtschaftslage und des verheerenden Investitionsrückgangs im öffentlichen Bereich eine umfassende beschäftigungspolitische Aktion auf allen staatlichen Ebenen in Gang gesetzt werden kann, die zugleich die beschäftigungspolitische Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden deutlich macht.
7. Wie zusammen mit den Gewerkschaften der politische und soziale Zynismus der Union deutlich gemacht werden kann, die als höhnischer Dritter im Abstauberstil auf den Machtzugriff wartet und sich jeder solidarischen Verantwortung enthält, obwohl sie insgesamt bereits deutlich mehr innenpolitische Macht innehat als die SPD.

Es muß geklärt werden, welchen Stellenwert die sozialdemokratische Regierungsverantwortung für die Gewerkschaft hat.

In einer entscheidenden Phase deutscher Politik reicht es für die Partei nicht aus, sich nur auf differenzierende Erläuterungen der Koalitionsentscheidungen zu verlassen. Helmut Schmidt braucht in dieser schwierigen Situation mehr als persönliche Solidaritätsbezeugungen. Die SPD muß jetzt als Partei die Initiative ergreifen und sich mit aller Kraft dagegen stemmen, daß Sozialdemokraten zu notorischen Prügelknaben werden.

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, was eine Unions-Regierung machen würde: Alle Probleme der Republik in hemmungsloser Vereinfachung auf die vergangene SPD-Regierung und an den "Gewerkschaftsstaat" zu überwälzen, um SPD und Gewerkschaften mit einem historischen Odium zu belasten.

Die SPD braucht eine Kampagne für soziale Gerechtigkeit und gleichzeitig eine deutliche Klarstellung der politischen Handlungsspielräume. Die Schlüsselfrage dafür ist die Klärung des Verhältnisses zu den Gewerkschaften, die in der Regierungszeit seit 1969 einen großen Aufschwung erlebten, und mit denen jetzt zusammen eine gemeinsame realistische Krisenbewältigung versucht werden muß. Als ersten Schritt fordern wir die Parteiführung auf, zu diesen Fragen den Gewerkschaftsrat der SPD einzuberufen.

(-/12.8.1982/bgy/va)

+ + +



Fußball und Dritte Welt -----

Der Sport ist von großer Bedeutung für die Entwicklungsländer

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die hochbezahlten deutschen Fußballprofis waren geschockt, für die Fußballfachleute in aller Welt war es eine Sensation: Algeriens Nationalmannschaft hatte die deutsche Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in Spanien 2:1 geschlagen und das sogar nicht mit Glück, sondern auch nach Auffassung der deutschen Fußballfans verdient. Eine Mannschaft aus der Dritten Welt hatte besser gespielt als die Mannschaft aus dem Land, das schon zweimal den Fußballweltmeister stellte und sich einbildet, die beste Fußball-Liga der Welt zu haben.

Und da war ja auch noch Kamerun, das in der Vorrunde das gleiche Punktverhältnis wie der spätere Weltmeister Italien hatte, da war die Mannschaft aus Honduras. Und wer erinnert sich nicht an den hondurischen Torhüter, der so großartig gehalten hatte und der nach der durch einen fragwürdigen Elfmeter verursachten Niederlage gegen Jugoslawien weinend auf dem Boden lag? Wessen Herz für den Fußball schlägt, dessen Herz schlug in diesem Moment für den Fußballer aus Honduras.

Überhaupt hatten sich die Mannschaften aus den Entwicklungsländern in die Herzen der Fußballfreunde in aller Welt gespielt. Doch manchmal tauchten bei diesen aber auch Fragen wie diese auf: Haben die Länder der Dritten Welt keine anderen Sorgen als die Fußballweltmeisterschaft? Sollten die ihr knappes Geld angesichts der Not zu Hause nicht für andere Zwecke ausgeben? Sollten sie nicht zuerst dafür sorgen, daß die Menschen satt zu essen haben? Also für Brot sorgen statt für Spiele.

Diese Fragen, so berechtigt sie angesichts der Tatsache sind, daß auf der Welt 800 Millionen Menschen in schlimmer Armut leben, verkennen jedoch die wichtige Rolle, die der Sport für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt spielt. Dies gilt für die vom Sport ausgehenden pädagogischen und sozialen Auswirkungen auf die inneren gesellschaftlichen Strukturen der Entwicklungsländer. Und es können von internationalen Sportbegegnungen starke Impulse ausgehen, die sich positiv auf die Beziehungen zu und zwischen den Entwicklungsländern auswirken. Dies gilt auch für die Selbstdarstellung der Entwicklungsländer bei internationalen Sportwettkämpfen, wie gerade die Fußballweltmeisterschaft in Spanien.

Deshalb hilft die Bundesrepublik Deutschland den Ländern der Dritten Welt auch bei der Förderung des Sports. Sie nimmt dabei sogar weltweit eine Spitzenstellung ein. Im Bundeshaushalt 1981 standen dafür mehr als 12 Millionen DM zur Verfügung. Davon entfielen auf das Auswärtige Amt 7,7 Millionen DM, auf das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 5,4 Millionen DM. Diese Beträge bedeuten eine Steigerung der Sportförderung in Entwicklungsländern fast um das Sechsfache in den letzten zehn Jahren. Außer der Bundesregierung helfen auch die Bundesländer und die Spitzenverbände des Deutschen Sports bei der Sportförderung in Entwicklungsländern mit.

Die Entwicklungspolitik hat die Bedeutung des Sports für den Entwicklungsprozeß erst spät erkannt. Dies verwundert nicht, da Entwicklungspolitik über einen langen Zeitraum rein ökonomisch und politisch bestimmt war. Heute wächst jedoch bei Politikern, Bildungsfachleuten, Gesellschaftswissenschaftlern und auch bei zahlreichen Entwicklungsexperten vor Ort die Erkenntnis, daß Sport und Leibeserziehung als fester Bestand-



teil des Bildungssystems oft dazu beitragen, die entwicklungshemmenden Strukturen in den Entwicklungsländern aufzubrechen. Dies geschieht einmal durch die Übertragung des im Sport eingeübten Verhaltens von Einzelpersonen und Gruppen auf andere gesellschaftliche Bereiche; darüber hinaus vermag der Sport Kommunikationsprozesse zwischen verschiedenen ethnischen und sozialen Gruppen herbeizuführen, soziale Schranken abzubauen und so gemeinschaftsbildend zu wirken.

Über deutsche Schulsportprojekte in Peru und Kolumbien war es beispielsweise möglich, die Kommunikation zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten, besonders aber mit den Indios herzustellen. Gemeinsame Spiele führten sehr bald zu dem vom gesamten Dorf betriebenen Bau kleiner lokaler Sportanlagen, was dann weitere Aktivitäten außerhalb des Sports nach sich zog. Nach und nach entwickelte sich das Bewußtsein, daß man auch eine dringend benötigte Straße gemeinsam bauen oder kleine Staubecken für die Bewässerung in gemeinsamer Arbeit anlegen könnte. Daneben wurden kleinere Werkstätten eingerichtet, in denen Geräte für den Schulsport hergestellt wurden. Heute haben sich daraus kleine Betriebe entwickelt, die für einen überregionalen Markt produzieren. Die gemeinschaftsfördernde Kraft des Sports führte zu gemeinsamen Anstrengungen der Dorfbewohner.

Ebenso wichtig wie die sozialen sind die kulturellen Auswirkungen des Sports. Bei den deutschen Sportprojekten in den Entwicklungsländern wird darauf geachtet, daß nicht nur die Sport- und Spielarten der Industriegesellschaften einfach auf die Länder der Dritten Welt übertragen werden, sondern daß dort vorhandene traditionelle Spiele und Sportarten gepflegt und teilweise auch überhaupt erst wiedererweckt werden. Was wie ein folkloristischer Beitrag klingt, bedeutet in den Entwicklungsländern oft eine nicht unerhebliche Hilfe zur Identifizierung mit der eigenen Kultur, der besonders in den früheren Kolonialländern Afrikas und Asiens große Bedeutung zukommt.

Gerade wegen der pädagogischen und sozialen Wirkungen des Sports drängen die Verantwortlichen für die Bildungssysteme in den Entwicklungsländern immer stärker darauf, Sport- und Leibeserziehung in die allgemeinen Bildungspläne einzubauen. Zahlreiche Anträge an die Bundesregierung zur Förderung von Schulsportprojekten werden gestellt. Bei den geringen Mitteln, die dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Verfügung stehen, konzentriert sich das Ministerium auf wenige, dafür aber besonders wirkungsvolle Projektarten: die Aus- und Fortbildung von Sportlehrern für Schulen, den Auf- und Ausbau von Ausbildungsstätten für Sportlehrer, Lehrer und Übungsleiter und die Beratung von Regierungen bei der Entwicklung von Lehrplänen und Prüfungsordnungen für Sport für Schulen und Hochschulen sowie bei der Sportgesetzgebung. Gefördert wird auch die Zusammenarbeit zwischen deutschen Hochschulen und solchen in den Entwicklungsländern im Bereich der Fakultäten für Sport- und Leibeserziehung. Die Mehrzahl der Sportprojekte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt jedoch bei der Lehrerausbildung an, da so der stärkste Multiplikatoreffekt erreicht wird und in aller Regel auch an bestehende Strukturen angeknüpft werden kann.

Bei der Sportförderung in der Dritten Welt gibt es zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Aufgabenteilung. So fördert das Auswärtige Amt im Rahmen seiner auswärtigen Kulturpolitik vorrangig den Spitzensport und Leistungssport, aber auch den Vereinssport in Entwicklungsländern. Dies geschieht durch die Entsendung von Trainern über längere Zeiträume, von Kurzzeittrainern zur Vorbereitung auf bestimmte internationale Wettkämpfe und durch den Austausch von Mannschaften. Hinzu kommt die Vergabe von Stipendien an Sportler oder Sportverwaltungsleute in Entwicklungsländern. Damit wird deutlich, daß die Bundesregierung die Forderungen der 1. Internationalen Konferenz der Sportminister von 1976 sowie die "Internationale Charta für Leibeserziehung und Sport", die 1979 verabschiedet wurde, ernst nimmt. Danach sind die Industrieländer aufgerufen, beim Abbau der Ungleichheiten, wie sie sich auch beim Sport im Nord-Süd-Gefälle ergeben, mitzuhelfen.

(-/12.8.1982/bgy/va)

+ + +

